

# Uribe will Verhandlungen erzwingen

**Kolumbiens Regierung** schmiedet Pläne für eine grosse Militäroffensive gegen die Farc

Auch nach der spektakulären Befreiungsaktion von Ingrid Betancourt und der andern Geiseln geht in Kolumbien der Guerillakrieg weiter. Möglicherweise fängt er jetzt erst richtig an.

US-Geiseln und elf weiteren Verschleppten aus der Gewalt der Farc. Im Medienrummel um Betancourt ging der nächste Schlag Kolumbiens beinahe unter: Die Erklärung der Regierung in Bogota, die bisherigen gemeinsamen Vermittlungsbemühungen Spaniens, Frankreichs und der Schweiz seien gescheitert. Begleitet wurde diese Erklärung von unbewiesenen Vorwürfen an die Adresse der beiden Mediatoren Noël Saez und Jean-Pierre Gontard (siehe Kasten).

Der Konfliktforscher Leon Valencia zweifelt grundsätzlich an Uribes Verhandlungsbereitschaft. Das sei «reine Propaganda», sagt der einstige Guerillakommandant, der nach seiner Abkehr vom bewaffneten Kampf selbst an den Vermittlungsbemühungen mit den Farc beteiligt war. «Dieser Krieg wird weitergehen.

Die Regierung wird jetzt zur totalen Offensive übergehen», prophezeit Valencia. Grund dafür sei eine «grosse Euphorie» bei Kolumbiens Streitkräften, nachdem sie den Farc empfindliche Niederlagen bereitet hätten.

Ohne Zweifel sind die Farc so schwach wie wohl noch nie in den 44 Jahren ihrer Existenz. 2000 Kämpfer hatten die Farc, als Kolumbiens Präsident Alvaro Uribe 2002 erstmals gewählt wurde. Zwischen 8000 und 11 000 sind es heute. Verloren haben die Farc auch ein Dutzend wichtiger Kommandanten, darunter ihren Chef und Begründer Manuel Marulanda, den ausserpolitischen Sprecher Raul Reyes sowie Ivan Rios – alle drei starben im März. Im Mai ergab sich dann die Kommandantin «Karina» den Behörden. Sie soll den Vater des heutigen Präsidenten Uribe ermordet haben.

**Kampfegeist ist schlecht**  
«Die Farc haben viele Leute verloren, und sie haben Territorium aufgeben müssen», schreibt Angel im Bericht der International Crisis

Group. Entsprechend sei die Moral bei der Guerilla. «Der Kampfegeist ist schlecht, die Leute desertieren in Massen.» Allerdings zweifeln viele daran, dass die Farc ihre eigene Situation realistisch einschätzen. Betancourt bezeichnete die Guerilla letzte Woche als «autistische Organisation», ohne jeden Realitätsbezug.

Frühere Verhandlungsversuche scheiterten regelmässig an den absurden Vorbedingungen, welche die Farc stellten. Zwar kündigten sie vergangene Freitag erneut ihre Bereitschaft zu einer «humanitären Vereinbarung» an. Doch darunter verstand die Guerilla bisher lediglich den Austausch der rund 500 in Haft sitzenden Guerrillakämpfer gegen ihre «politischen Geiseln». Davon gibt es nach der Befreiung Betancourts noch 25. Keine Rede war bisher von den bis zu 700 wirtschaftlichen Geiseln, die ausschliesslich der Erpressung von Lösegeld dienen.

Schon gar nicht sprachen die Farc bisher von der Niederlegung der Waffen. Doch Kolumbiens Regierung fordert nun mehr: einen

Waffenstillstand und die bedingungslose Freilassung sämtlicher Geiseln. Darin sieht sich Kolumbiens zunehmend vom Ausland unterstützt. Selbst die Linksuregierungen in Venezuela und Kuba gehen zunehmend auf Distanz zu den Farc.

### Farc in Banden aufsplintern

«Die Situation ist sehr schwierig, nachdem die Regierung die Mediatoren verbannt hat», sagt Konfliktforscher Valencia. Er erwartet, dass sie jetzt eine Militäroffensive einleitet, die mehrere Jahre dauern könne. Dann werde es wohl Friedensverhandlungen geben, denn Kolumbiens Wirtschaft stöhnt unter der Last der Militärausgaben und 2010 stehen Präsidentschaftswahlen an.

Möglich ist auch, dass sich die Farc unter dem militärischen Druck in einzelne Banden auflösen, die ohne einheitliches Kommando das Entführungs- und Drogengeschäft weiterbetreiben. Dieses Szenario hält Angel für durchaus möglich. Dann werde es für Uribes Regierung jedoch schwierig: «Mit wem sollte sie dann noch verhandeln?»

MATTHIAS KNECHT, MEXIKO-STADT

Kolumbien setzt den Farc-Rebellen das Messer auf die Brust. «Alles oder nichts» ist gemäss der regierungsnahen Zeitung «El Tiempo» die neue Strategie des konservativen Präsidenten Alvaro Uribe. Entweder lassen sich die Farc, die revolutionären Streitkräfte Kolumbiens, auf sofortige, direkte und umfassende Friedensverhandlungen ein. Oder Kolumbien erlebt «die grösste bisher gesehene Militäroffensive», kündigte das in solchen Dingen gewöhnlich gut informierte Blatt am Wochenende an.

### «Wer stellt nun Kontakte her»

Der Sicherheitsexperte Alfredo Rangel, ein wichtiger Berater im kolumbianischen Verteidigungsministerium, versteckt seine Befriedigung über den Rauswurf der europäischen Vermittler nicht. Er plädiert nun für Vermittlung, ohne ausländische Mediatoren. Die neue Linie der Regierung sei nun: «Mehr Druck ausüben, um Verhandlungen zu erzwingen.»

Doch das Misstrauen zwischen der Regierung und den Farc ist gross. Mauricio Angel, Senior-Analyst für Kolumbien bei der Interna-

### Strafverfahren gegen Gontard?

Ein kolumbianischer Staatsanwalt will eine Strafuntersuchung gegen den Schweizer Vermittler Jean-Pierre Gontard einleiten. In einem Radio-Interview sagte er: «Es gibt Hinweise, dass Gontard sich an einem kriminellen Unternehmen beteiligt haben könnte.» (sda)

# US-Terror-Liste wächst und wächst

Wen das FBI registriert, kommt kaum mehr raus

Die US-Terrorliste mit den Namen mutmasslicher und bekannter Terroristen ist laut Angaben einer Bürgerrechtsorganisation auf mehr als eine Million Namen angewachsen.

MATTHIAS B. KRAUSE, NEW YORK

Wenn Jim Robinson reist, und das tut er oft, dann nimmt er sich sehr viel Zeit. Denn praktisch jedes Mal, wenn er sich in die Schlangensicherung stellt, wird er herausgewunken und einem manchmal stundenlangen Verhör unterzogen. Der ehemalige Chef der Verbrechenabteilung im US-Justizministerium hat zwar die Befugnis, die geheimsten Dokumente einzusehen, aber es gelang ihm bislang nicht, seinen Namen von der Terror-Liste der Bundespolizei FBI streichen zu lassen.

Seit 2003 sammelt das Terrorist Screening Center (TSC) Namen und Daten mutmasslicher Terroristen; mehr als eine Million Namen stehen nach Informationen der Bürgerrechtsgruppe ACLU mittlerweile auf dieser Liste. Unter ihnen viele, die sich nie etwas haben zuschulden kommen lassen.

### Liste mit prominenten Namen

«Wenn ich davon überzeugt wäre, dass Amerika sicherer ist, weil ich diese Unannehmlichkeiten mitmache, dann würde ich mich vielleicht damit abfinden», sagt Robinson, «aber daran glaube ich nicht.» Mehr als 300 000 haben bislang versucht, ihren Namen von der Terrorliste streichen zu lassen, eine langwierige Prozedur voller Hürden. Selbst der demokratische Senator Edward Kennedy musste erst beim Chef des Ministeriums für innere Sicherheit persönlich vorsprechen, ehe er gestrichen wurde. Der ehemalige südafrikanische Präsident und Nobelpreisträger Nelson Mandela steht auch erst seit ein paar Wochen nicht mehr drauf. Saddam Hussein, der im Dezember 2006 hingerichtete irakische Diktator, wird bis heute als Terrorverdächtiger geführt.

«Die Liste zeigt exemplarisch, was falsch läuft beim Versuch der

Regierung, den Terrorismus zu bekämpfen», sagt ACLU-Direktor Barry Steinhardt, «sie ist unfair, nicht kontrollierbar, völlig bürokratisiert, eine Verschwendung von Ressourcen und bringt im Leben von Hunderttausenden immense Unannehmlichkeiten.»

Chad Kolton, der Sprecher des Terrorist Screening Center, weist diese Kritik zurück. Die Zahlen der ACLU seien falsch, es seien lediglich Namen und Daten von rund 450 000 Individuen erfasst. Bei den übrigen Einträgen handle es sich um Pseudonyme und Decknamen. «Es ist relativ einfach, das Anwenden der Dokumente zu kontrollieren», sagt Kolton.

### Armer Robert Johnson

Die Inspektoren hatten damals zudem beanstandet, dass mehrere bekannte mutmassliche Terroristen durch das Raster gefallen seien. Gleichzeitig dauere es zu lange, bis Unschuldige aus der Liste getilgt würden. Der Fernsehsender CBS interviewte kürzlich zwölf Männer mit dem weit verbreiteten Namen «Robert Johnson», die alle regelmässig auf Flughäfen Sonderkontrollen unterzogen werden, obwohl sie sich nie etwas haben zuschulden kommen lassen. Auch jene, die «Jim Robinson» oder «Gary Smith» heissen, müssen sich auf lange Wartezeiten an den Flughäfen gefasst machen.

Vor 2003 waren die Namen von Terror-Verdächtigen in mehr als einem Dutzend verschiedener Listen geführt worden. Jetzt werden die Daten vom FBI unter der Aufsicht des Ministeriums für innere Sicherheit verwaltet. Die ACLU fordert, die Liste zu entschlacken und das Vorgehen zu vereinfachen, mit dem Unschuldige ihren Namen tilgen lassen können. Auf der Webseite www.aclu.org/watchlist sammelt sie zudem die schlimmsten Horrorgeschichten Verdächtiger.

# Parteienheirat mit offenem Ausgang

**FDP und Liberale** wollen sich definitiv zu einer neuen politischen Kraft zusammenschliessen – Name der Partei ist noch offen

Am 25. Oktober soll aus FDP und Liberalen eine neue Partei gegründet werden. Die Exponenten versprechen eine «Heimat für alle liberalen Kräfte».

JÜRGEN ACKERMANN

Was vor fünf Jahren mit einer gemeinsamen Bundeshausfraktion begann, soll nun am 25. Oktober an der Delegiertenversammlung von FDP und Liberalen (LPS) in die Gründung einer neuen Partei münden. Wie die Fraktionspräsidentin und Uner FDP-Nationalrätin Gabi Hubergestern vor den Medien sagte, soll der Zusammenschluss so abgewickelt werden, dass die deutlich kleinere Partei der Liberalen nicht zu stark dominiert werde. Geplant ist, bis zu den Wahlen 2015 den ehemaligen Mitgliedern der LPS eine «angemessene Vertretung in allen Gremien» zu garantieren. Danach sollen aber keine ehemals liberalen oder freisinnigen Strömungen mehr geben, wie gestern beteuert wurde. «Es wird die jüngste Partei der Schweiz sein. Aber gleichzeitig jene

Partei mit der längsten politischen Tradition», sagte FDP-Präsident Fulvio Pelli. Mit dem Zusammenschluss besinnen sich die beiden Parteien laut Pelli auf ihre gemeinsamen Wurzeln und auf ihre vielen Gemeinsamkeiten im Parteiprogramm. Liberale, Freisinnige und Radikale hatten 1848 gemeinsam

gegen die Katholisch-Konservativen den Bundesstaat erkämpft und der Schweiz damit ihre heute noch weitgehend gültige politische Struktur gegeben. Die Gründung der neuen Partei soll jene Dynamik entfachen, die der FDP zuletzt abhanden gekommen ist. Die neue Partei wird sich als «Heimat für alle liberalen

Kräfte» etablieren. «Liberale Ideen haben Rückenwind», sagte Pelli. Viele nähmen den Begriff in den Mund. Nun gelte es zu zeigen, wer das Original sei.

### FLP – wirklich?

Ob dies gelingen wird, bleibt offen. Denn so schwierig sich die

Freisinnigen auf einen einheitlichen inhaltlichen Kurs (Beispiele Einbürgerungsinitiative, Gesundheitsartikel oder Verbandsbeschwerte) trimmen lassen, so schwierig dürfte es sein, allein mit einem neuen Namen und einer strafferen und moderneren Parteistruktur zu punkten.

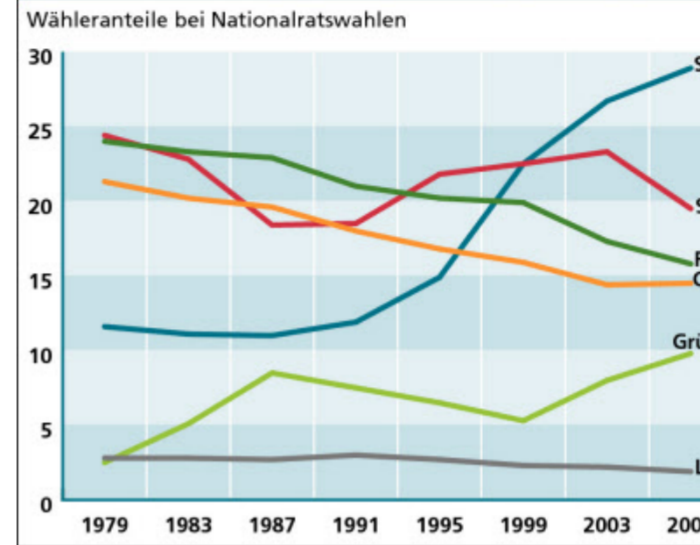
Heissen könnte die neue Partei FLP: Freisinnig-Liberale Partei. Definitiv bestimmt wird der Name aber erst nach einer Vernehmlassung bei der Parteibasis. Obes wirklich FLP sein wird, ist zweifelhaft: Der Abschied von der nationalen Traditionsmarke FDP ist schwer vorstellbar.

### 1 Sitz mehr als die CVP

Kurzfristig verspricht die Fusion rein rechnerisch Vorteile. Zusammen kommen die beiden Parteien auf fast 18 Prozent Wähleranteil. Somit kann die neue Partei, ihren Vorsprung auf die CVP (14,5 Prozent) vergrössern und ihre Position als drittgrösste Partei im Land hinter SVP (28,9) und SP (19,5) stärken. Vor allem aber schiebt sich jetzt die FDP punkto Sitze in der Bundesversammlung dank den vier Liberalen wieder hauchdünn vor die CVP: Die neue Partei hat 47 Sitze, die CVP 46.

Nach dem Zusammenschluss hat die CVP wieder mehr Mühe, ihren Anspruch auf einen zweiten Bundesratsitz auf Kosten der FDP zu begründen.

### GESAMTSCHWEIZERISCHE PARTEIENSTÄRKEN IN PROZENT



FDP-Chef Fulvio Pelli: Ewiges Warten auf Aufschwung.

ANZEIGE

### FDP UND LIBERALE

## Der Bauch wehrt sich gegen die Annäherung

Vor allem in den Kantonen Genf und Waadt sind FDP und Liberale immer noch weit voneinander entfernt. Da geht es um unterschiedliche Identitäten und Klientelen.

Seit fünf Jahren ist die Annäherung der Freisinnigen und der Liberalen im Gespräch. Für Beobachter des aktuellen politischen Geschehens muten die zähflüssigen Verhandlungen an wie eine unendliche Geschichte. Allerdings geht die Sache einzelnen Parteimitgliedern in den Kantonen mit radikal-liberaler Trennung auch so noch zu rasch – oder besser: zu weit.

So zitierte die Waadtländer Tageszeitung «24heures» in ihrer Ausgabe vom Dienstag ein FDP-Mitglied mit folgendem Satz: «Mein Vater war freisinnig, ich bin freisinnig. Falls wir mit den Liberalen fusionieren, werfe ich den Betel hin.»

### Keine andere Wahl

Ausser in der Waadt besitzt die 1913 als rechte Abspaltung der FDP gegründete Liberale Partei (LP) seit dem Ersten Weltkrieg noch in den Kantonen Genf, Neuenburg, Basel-Stadt und – in geringerem Masse – in Freiburg und im Wallis Einfluss. Zwar ist kaum anzunehmen, dass die Mehrheit der Waadtländer Freisinnigen gleich reagiert wie der zitierte Freisinnige: Denn wollen FDP und Liberale ihre Erosion unter dem Druck der SVP und der Grünen aufhalten, bleibt ihnen langfristig keine andere Wahl als der Zusammenschluss.

### Streit um Föderalismus

Doch die Aussage macht deutlich, wie delikat das Thema in den Kantonen ist, wo die politischen «Cousins» hundert Jahre lang getrennte Wege gegangen sind. Denn die Zeiten, als sich Radikale und Liberale gegenseitig an die Gurgel wollten, sind gar nicht so lange her. So pflanzte etwa noch der Grossvater von Claude Ruy, dem Waadtländer Nationalrat und langjährigen ehemaligen LPS-Chef, eigens einen Baum, um daran die Radikalen aufzuknüpfen. Hauptgrund für das Zerwürfnis bildete der Föderalismus. Vereinfacht gesagt, versuchten die Liberalen in der Verfassung

ein Maximum an Macht für die Kantone zu verankern, während die Radikalen den Bundesstaat stärker zentralisieren wollten.

### Elitäre Genfer Liberale

Diese Frage, die im 19. Jahrhundert für heisse Köpfe sorgte, steht nicht mehr zuoberst auf der Traktandenliste, wie der heutige LPS-Chef Pierre Weiss betont. Doch die unterschiedlichen Identitäten, welche die beiden Parteien entwickelt haben, sind gerade im Kanton des Genfer Grossrats stark ausgeprägt.

So rekrutiert die LP, die den Radikal-rechts Partei trägt, ihre Anhänger vorab im Bildungsbürger-tum, unter den Anwälten, den Arbeitgebern und den Privatbankiers – was auch erklärt, warum die Liberalen am Finanzplatz Genf noch heute die grösste Fraktion im Kantonsrat stellen. Die FDP hingegen, die ihrerseits in der Waadt jahrelang die Päden der Macht zusammenhielt, betont das sozial-liberale Element, agiert etatistisch und spricht eher Kleingewerbetler und Staatsangestellte an.

### Europapolitisch offener

Auf nationaler Ebene lassen sich die anti-etatistischen Liberalen heute wohl mühelos in den konservativen Wirtschaftslügen der Freisinnigen einreihen. Abweichende Positionen hat es in den letzten Jahrzehnten aber trotzdem immer wieder gegeben. Das «Historische Lexikon der Schweiz» zählt folgendes auf: So wandte sich die LP 1986 gegen den Uno-Beitritt, sprach sich 1993 als Einzige gegen die Einführung des 1. August als Feiertag aus und setzte sich 1997 für die repräsentative Initiative «Jugend ohne Drogen» ein. Europapolitisch gilt sie als aufgeschlossener als die FDP: Zwar stand die LP 1992 wie die Mehrheit der FDP für den EWR ein. Gleichzeitig machte sie sich aber vor und nach dieser Abstimmung für die Eröffnung von Verhandlungen im Hinblick auf einen EU-Beitritt stark.

Zwischen 1991 und 2003 sackte die LP im Bundeshaus von 13 auf 4 Sitze ab; seither bildet sie mit der FDP eine Fraktionsgemeinschaft. Bereits mit der FDP fusioniert hat die LP in Neuenburg, in Freiburg und im Wallis.

Denise Lachat, Lausanne

# Noch günstiger

Gültig ab Dienstag 15.7. bis Montag 21.7.



2<sup>90</sup>

Tomaten  
Schweiz  
per kg



3<sup>40</sup>

Hektaren  
in Frankreich/Spalien  
per kg



30%  
23<sup>40</sup>

Milo Läger  
100 g  
Gesamtpaket  
Erbsen  
-50 statt -75



9<sup>50</sup>

Tortelloni  
2 x 500 g  
Solange Vorrat



2<sup>95</sup>

Knoblauchkapressi  
Schweiz  
per 100 g



30%  
1<sup>15</sup>

Grumpy re rml  
(cheese MAAG)  
per 100 g



1<sup>60</sup>

Milchschmelz  
geschmolzen  
per 100 g



10<sup>90</sup>

Alo Aroma Best  
Family-Pizzeria  
1000 g  
14.40



1<sup>25</sup>

Biedhof  
Schweizer Fleisch  
per 100 g



Gemeinschaft Migros Aare